

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement nehmen Sie Ruhm und mit Ihren wertvollen Werken zu erhalten. — Auer Tageblatt.

Wiederholung des Abonnements
Postkarte für Flugzeuge eine Zeit und
umgangen 200 000 Meter, einschließlich
Rundflug 100 000 Meter, mittlere Zeit
20000 Meter, Rundflug 20000 Meter.
— Bei größerer Zeit
aufgesetzter Rabatt.

Abonnement: Auer Tageblatt. Entwurf. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postkarte: Auer Tageblatt Nr. 1000

Nr. 205

Montag, den 3. September 1923

18. Jahrgang

Stresemann über sein Rettungsprogramm.

Das neue Angebot des Reichskanzlers.

In Stuttgart ergriff gestern der Reichskanzler das Wort zu einer Rede über die grundlegenden Fragen der Außen- und Innenpolitik.

Er entwarf ein Bild des starken ausländischen Drucks, der gegenwärtig durch die Besetzung des größten deutschen Wirtschaftsgebietes am Rhein und Ruhr über Deutschland lastet. Jede Außenpolitik des deutschen Reiches könne nur das Ziel haben, Deutschland die Souveränität und Wiederverfügung über die Gebiete am Rhein und Ruhr zu geben. Wir sind bereit, auch die schwersten materiellen Lasten auf uns zu nehmen, um zu diesem Ziel zu kommen. Wir sind bereit, auf dem Boden der Stellung produktiver Männer zu treten. Wir haben

Reichsdebt und Privatwirtschaft als Pfänder zur Grundlage unserer faktischen Reparationsleistungen darzubieten. Gewiß sind mit den Grundlagen des deutschen Memorandums die Lösungsmöglichkeiten nicht erschöpft. Jede Fortführung der Diskussion wird die Reichsregierung dankbar begrüßen. Der Gegensatz zwischen Forderung und Leistungsfähigkeit wird nur überdeckt werden können durch eine wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, die in den Verhältnissen ihrer Industrien aufeinander angewiesen sind. Diese wirtschaftliche Verbundenheit ist vielleicht auch eine bessere Überbrückung politischer Gegensätze, als es politische Formulierungen zu sein vermögen.

Deutschland braucht ein Moratorium für seine Leistungen, um seine Reparationsverpflichtungen zunächst als Zinsverpflichtungen auf sich zu nehmen. Will man diese Zinsverpflichtungen kapitalisieren, so kann das nur auf dem Wege einer internationalen Unleihe geschehen, für welche die deutschen produktiven Pfänder haften. Deutschland wird in seinem heutigen wirtschaftlichen Verfall eine solche Unleihe kaum in nennenswertem Maße erreichen. Die Interessen der Finanzminister der Staaten müssen in dieser Hinsicht ebenso zusammenstehen wie die Interessen und die Aufsässungen der großen Finanzherren der Welt. Ein in seiner Souveränität wiederhergestelltes Deutschland im Besitz seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen, die es in dem angebotenen Maße für die Reparationsverpflichtungen zur Verfügung stellt, würde wohl in der Lage sein, die Garantie der Zinsverpflichtungen zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte.

Bei der Besprechung der von Frankreich geforderten politischen Sicherheiten sagte der Reichskanzler, daß Deutschland bereit ist, auf die Forderungen einzugehen, wie es bereits zum Ausdruck gebracht hat.

Wenn die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen wollen, um die Unverletzlichkeit des gegenwärtigen Gebietbestandes auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung solcher Ideen die denkbare größte Friedenssicherheit dienen. Eine Herstellung Deutschlands oder der Versuch einer wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzmarken würde dem Geist eines solchen Abschlusses dauernd entgegenwirken.

Will Frankreich keine Unnexionen, dann hat es die Möglichkeit, seine Kassassung in die Wirklichkeit umzusetzen.

Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein lebt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Landen der alten regen Tätigkeit wiedergegeben werden. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf Grundlage der deutschen produktiven Pfandlerleistungen die Lösung des Konflikts möglich ist, die der Sinn unseres passiven Widerstandes war. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber

wir sind nicht bereit, die Freiheit deutscher Boden irgend jemand preiszugeben.

(Sehr starker Beifall.)

Den zweiten, innenpolitischen Teil seiner Rede begann der Reichskanzler mit einem Hinweis auf den Zustand höchster wirtschaftlicher Not Deutschlands, woraus er weiter dem Inland, noch dem Ausland gegenüber ein Heil machen wolle. Die Ausfuhr sei in wenigen Monaten von 800 Millionen auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen, während Deutschland vor dem Kriege eine Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark hatte. Das zeige deutlich, daß ein Deutschland ohne Ruhr und Rhein nicht lebensfähig und ohne die Verfügung über diese Gebiete zu irgendwelchen Reparationsleistungen außerstande ist.

Der Reichskanzler kam dann auf die Wehrpflicht des Reiches zu sprechen, die aber auch in gleicher Weise für die Arbeiterschaft und Beamtenchaft galt. Die verlangten Opfer seien in den heutigen abnormalen Zeiten eine

Bombardement von Korfu.

15 Tote. Korfu „friedlich“ besetzt.

Poincaré macht Schule!

Im Ministerrat bezeichnete Mussolini die griechische Antwort als unannehmbar. Die Regierung habe bereits Sanktionen ergriffen.

Savas wird über die Besetzung Korfus aus Athen berichtet: Nachmittags gegen 3 Uhr ging der Kapitän eines italienischen Kriegsschiffes an Land und erklärte dem Präfekten, daß eine Ueberfahrt der italienischen Flotte die Insel blockiert habe und daß um 4 Uhr die Stadt friedlich besetzt würde. Bald darauf fuhr die italienische Flottenabteilung in den Hafen ein. Der Befehlshaber der Flotte forderte die Übergabe der Stadt und das hissen der weißen Flagge, die er später durch die italienische ersehen werde. Der Präfekt bat um die Erlaubnis, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen, um Einwendungen einzuhören, wobei er hinzufügte daß er sonst gezwungen wäre, Widerstand zu leisten. Über noch bevor Instruktionen aus Athen eingegangen waren, begann die Landung der italienischen Truppen. Die Ausladung wurde durch die italienische Flotte unterstützt, die über die Stadt hinwegfuehrte und das Gebäude der Polizeischule beschoss, das in Brand geriet. Gleichzeitig überflogen Flugzeuge die Stadt und feuerten. Der Oberbefehl über die Stadt liegt in den Händen des italienischen Admirals Bellini. Die Italiener verlangten, daß sich die Garnison und die Gendarmerie ergaben. Sie sollen entwaffnet werden. Die Kaiserin und das gesamte Kriegsmaterial sollen den Italienern ausgeliefert werden.

Nach einer "Times"-Meldung aus Athen besiegten die Italiener Korfu, nachdem sie die Stadt eine halbe Stunde beschossen hatten. Im Verlaufe des Bombardements seien 15 Personen getötet worden.

Proklamation an die Bevölkerung.

Nach einer Meldung des Oberbefehlshabers der Flotte in Korfu hat sich die Landung ohne Schwierigkeiten vollzogen. Die italienische Flagge wurde auf der alten Festung gehisst, während alle Schiffe unter Hochrufen der Mannschaft einen Salut von 21 Schüssen feuerten. Die Besetzung der Stadt und der Insel ging dann ordnungsgemäß vorstatten.

Nach der Besetzung der Insel Korfu richtete der Oberbefehlshaber der Flotte, Admiral Sutari, an die Bewohner eine Proklamation, in der er feststellt, daß die Besetzung infolge der Ermordung der italienischen Militärdelegation auf griechischem Boden und der Weigerung der griechischen Regierung, die Forderungen Italiens zu erfüllen, erfolgt sei. Die Besetzung sei keine kriegerische Handlung, sondern solle lediglich die feste Entschlossenheit Italiens bestunden, die ihm geschuldeten Reparationen zu erlangen. Die Besetzung trage einen vorübergehenden und friedlichen Charakter (Daher die 15 Toten in der Polizeischule) und werde diesen Charakter behalten, solange die Haltung der Bewohner der Insel die italienische Kommandobehörde nicht

nötige, besondere Maßnahmen zum Schutz der italienischen Truppen zu ergreifen. (Man sieht: eine andere Ruhrbesetzung! Mussolini in Poincaré'scher Heldenspose. Italien eine andere grande nation.)

Auch Samos besetzt?

Nach Meldungen aus Rom ist außer der Insel Korfu auch Samos von den Italienern besetzt worden.

Italien lehnt den Völkerbund ab.

Nach einer Meldung aus Rom hat Italien die Entscheidung des Völkerbunds im italienisch-griechischen Konflikt abgelehnt, weil der Völkerbund für ein Eingreifen nicht genügend ist. Denn die gegenwärtige griechische Regierung sei von den Mächten des Völkerbundes nicht anerkannt.

Die griechische Antwort.

auf die Note der Botschafterkonferenz ist gestern dem französischen Geschäftsträger übergeben worden. Die Antwort weist auf die bereits von der griechischen Regierung ergriffenen Maßnahmen hin und schlägt eine Untersuchung durch eine internationale Kommission vor, welche die Verantwortlichkeit für den italienisch-griechischen Konflikt feststellen soll. Die Note schließt mit der Erklärung, Griechenland werde sich jeder Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Frage der Wiedergutmachung unterwerfen.

Mussolini an die italienischen Auslandsvertretungen.

Ministerpräsident Mussolini hat an die italienischen Auslandsvertretungen folgende Depeche gerichtet:

Auf die gerechten Forderungen Italiens infolge der barbarischen Ermordung der italienischen Militärdelegation auf griechischem Gebiet hat die griechische Regierung mit Worten geantwortet, die tatsächlich einer vollständigen Zurückweisung der italienischen Forderungen gleichkommen. Diese ungerechtfertigte Haltung verlegt Italien in die Notwendigkeit, in der griechischen Regierung das Gefühl für ihre Verantwortlichkeit wachzurufen. Infolgedessen wurde der Befehl ertheilt, eine Ueberfahrt italienischer Truppen auf Korfu zu landen. Durch diese Maßnahme, die nur zeitlichen Charakter hat, bedroht Italien nicht, eine kriegerische Handlung auszuführen, sondern nur sein Ansehen zu wahren und seinen unerschütterlichen Willen zu bekunden, die Wiedergutmachungen zu erhalten, die Griechenland ihm nach Herkommen und Völkerrecht schuldet. Die italienische Regierung wünscht, daß Griechenland keine Handlung begebe, die die friedliche Natur dieser Maßnahme ändern könnte.

Das soeben Ausgefahrene schließt nicht Sanktionen aus, die die Botschafterkonferenz ergreifen wird auf Grund der Tatsache, daß die ermordete italienische Delegation einen Teil der Grenzabsteckungskommission bildete, und daß ihr Vorsitzender General Tellini Beauftragter der Botschafterkonferenz war.

Nothwendigkeit. Durch die starken Eingriffe müßten die außenpolitischen und innenpolitischen Bedürfnisse des Staates gedeckt werden. Der Friede könne nur erreicht werden, wenn die Wirtschaft das garantire, was Deutschland an Stelle der produktiven Pfänder braucht. Heute habe niemand ein Recht, daß ihm der Staat den Zuwachs des Besitzes garantiere. Was die Wehrpflicht der Arbeit anlange, so brauche man da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, die Überarbeit für das allgemeine Wohl. Zu den Klagen über den Eingriff des Staates in wohlerworbene Rechte der Beamenschaft erklärte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung der Kritik am Beamtenamt fernstehe, daß der Staat aber auch in dieser Frage an sich selber denken müsse.

Die Staatsanwaltschaft müsse gestärkt werden, und die Regierung werde die Staatsanwaltschaft durchsetzen und sei nicht gespannt, Schindläude mit ihr treiben zu lassen.

Die Gegenleistung des Staates für diese Wehrpflicht besteht in der Schaffung von Sicherheit und Ordnung im Innern.

Zur Steuerfrage übergehend, bemerkte der Reichskanzler, er kenne die Härten der Leute vom Reichstag bestens. Steuern wohl, die in einer Zeit der Wirtschaftskrisis in der Industrie und bei einer Unspannung des Kreedit in der Landwirtschaft fallen. Es sei Vorsorge getroffen worden, daß durch die bestehenden staatlichen Organisationen Kreedit für Getreideförderungen gegeben werden. Gegenüber der Kritik an den Steuern müsse daran erinnert werden, daß die Steuern nicht einem Kabinett, sondern dem Reich bewilligt werden. Bei manchen dieser Maßnahmen handle es sich um Eingriffe in die Substanz. Über was bleibe von der Substanz der Wirtschaft, wenn sich die Substanz des Staates nicht erhalten lasse? Man möge sich auch fragen, wo die Substanz des geistigen Deutschlands geblieben ist? Auf keinen Fall gebe es an, daß Nutzen gegen Steueraufgabe

erlassen würden. Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuer organisiere, gehöre hinter Schloß und Riegel. Die Steuern müßten aber vereinfacht und übersichtlicher gemacht, den Ländern und Kommunen gleichzeitig eine größere Selbständigkeit in der Steuererhebung gewährt werden.

Besüglich der deutschen Währung erklärte der Kanzler: „Wir mußten längst ein wertbeständiges Geld schaffen, um aus der Spekulation und Devisenhandels herauszukommen.“

Wir wollen die Goldmark wiederherstellen.

Hoffentlich lernt man dann auch wieder in Deutschland den Goldpfennig ehren. Nach der Schaffung der wertbeständigen Währung gibt es kein Recht mehr auf Devisenbesitz. Das deutsche Volk braucht die Devisen zur Lebensmittelversorgung, zur Marktpflege und zur Fortführung des Kriegskampfes.

Besüglich der Erwerbslosenfürsorge wies der Kanzler darauf hin, daß jede unproduktive Erwerbslosenfürsorge dem Untergang bedroht. Hinsichtlich der Beschaffung von Haushalt für den kommenden Winter riegte der Kanzler an, eine Lieferkunde im Bergbau zu liefern und das Ertragsdatum den Bedürftigen im Winter in Gestalt von Kohlen zu geben.

Schließlich betonte der Kanzler die Wichtigkeit der ländlichen Kräfte, die für den Wiederaufbau des deutschen Volkes maßgebend sind. Deutschland, das schweren Seiten entgegengebe, müsse entweder das Volk der Arbeit sein oder untergeben. Das Schlüsselwort des Kanzlers galt der Begrüßung aller Befreiungen in Deutschland, welche Auflösung über die Entstehung des Weltkrieges verbreiten wollen. Er forderte die Wahrheitssucher aller Nationen auf, auf Offnung aller Archiv für die Forschung zu dringen.

Mit einem Schlusssatz des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber, der dem Kanzler für seine oft den leidhaften Erfolg unterbrochenen Ausführungen dankte, wurde die Versammlung geschlossen.